

LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen • 48133
Münster

Rathaus Stadt Telgte
Untere Denkmalbehörde
Postfach 2 20
48284 Telgte

Servicezeiten:

Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Ansprechpartner:
Dr. Fred Kaspar

Tel.: 0251 591-4505
Fax: 0251 591-4025
E-Mail: Fred.Kaspar@lwl.org

Az.: ka-bör
07.09.2017

Unterschutzstellungsverfahren nach DSchG NRW

Objekt: Rathaus der Stadt Telgte, Baßfeld 4-6

Unsere Korrespondenz seit 2013

Gutachterliche Stellungnahme zur Denkmaleigenschaft gem. § 22 Abs. 3 Nr. 1 DSchG
NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach fachlicher Überprüfung sind wir zur Auffassung gelangt, dass es sich bei dem o. g.
Objekt um ein Denkmal (§ 2 Abs. 1 DSchG NRW) handelt.

Denkmalwert ist das 1972 bis 1974 errichtete Gebäude mit der im Folgenden
beschriebenen bauzeitlichen Ausstattung (einschließlich der Kunstwerke und Möbel) sowie
der zugehörigen, von Betonmauern bestimmten Freiraumplanung.

Begründung:*

Zur Planungs- und Entstehungsgeschichte¹

Die Stadt Telgte wurde bis Ende 1967 zusammen mit der selbständigen Gemeinde
Kirchspiel Telgte von einer Amtsverwaltung verwaltet und nutzte ein 1907/08 am
Marktplatz errichtetes Rathaus, das zunächst sogar noch die Wohnung des Amtmanns
aufgenommen hatte. Die Einwohnerzahl der Stadt stieg von 9698 im Jahre 1939 nach
1945 schnell durch den Zuzug von Flüchtlingen auf 13853 im Jahre 1949 an. Damit stieg

¹ Die Darstellung nutzt für die Entstehungsgeschichte als Grundlage eine Zusammenstellung, die der
Stadtarchivar Klaus Schwinger im Mai 2014 erstellt hatte.

auch die Zahl der benötigten Mitarbeiter der Amtsverwaltung. Nachdem man das Amtshaus 1957 durch Umbauten im bescheidenen Umfang erweitert hatte, mussten zwischen 1966 und 1970 drei Nebenstellen in der Altstadt eingerichtet werden, was die Arbeitsabläufe der Verwaltung sehr erschwerte. Zwischen 1970 und 1975 stieg die Zahl der Beamten weiter von 14 auf 23,5, die Zahl der Angestellten von 36 auf 57 Personen. Wegen der zunehmenden Raumnot der Verwaltung und ihrer Unterbringung in verschiedenen Gebäuden traf die Amtsverwaltung Telgte schon am 15. Dezember 1967 den Grundsatzbeschluss zum Bau eines neuen Rathauses. Konkreter Hintergrund hierfür war, dass zum 1. Januar 1968 die Gemeinden Telgte-Stadt und Telgte-Kirchspiel auf Grund freiwilliger Beschlüsse zu einer Gemeinde zusammengefasst werden sollten. Da allerdings zunächst andere drängende Probleme im Vordergrund standen (insbesondere beengte Schulverhältnisse), wurde der Plan über drei Jahre nicht weiter verfolgt, allerdings Rücklagen für den Bau des neuen Rathauses gebildet. Wesentliche treibende Kräfte des Neubauprojektes waren der von 1959-1983 langjährig im Amt tätige Amts- und spätere Stadtdirektor Johannes Melchers sowie der ab 1969 amtierende Amtsbürgermeister Günter Karthaus. Wenig später wurde zudem im Zuge geplanter landesweiter Reform der kommunaler Verwaltungsstrukturen absehbar, dass es zu einer weiteren Konzentration der Verwaltungen im Raume Telgte kommen würde: Als Ergebnis langwieriger Verhandlungen hat man zum 1. Januar 1975 den größten Teil der Gemeinde Westbevern dem Amt Telgte eingegliedert und damit die neue Stadt Telgte gebildet, die den Kreis Münster verließ und zum Kreis Warendorf geschlagen wurde. Damit wuchsen Aufgaben und Größe der Stadtverwaltung weiter an.

Vor diesem Hintergrund und „*mit Rücksicht darauf, dass die Errichtung eines neuen Rathauses eingehender und umfangreicher Vorbereitungen bedarf*“ richtete die Amtsvertretung am 4. Dezember 1970 einen Rathausneubau-Ausschuss ein. Dieser fasste schon am 11. Januar 1971 grundsätzliche Beschlüsse zur Realisierung und ging von Baukosten von etwa 1 Million Mark aus. Es solle ein Bau erstellt werden, der Flexibilität in der Nutzung zeige und „*jederzeit im gleichen Stil und in gleicher Bauausführungen Erweiterungen zuließe*“. Am 30. März 1971 wurde festgelegt, den Neubau auf dem Gelände des 1968 geschlossenen, der Stadt Telgte gehörenden Antoniusstiftes zu errichten, die Fläche aber durch den Ankauf von Nachbargrundstücken zu erweitern sei. Dieses Baugelände hielt man für verkehrsgünstig, da es an der für den Ausbau zur Durchgangsstraße vorgesehenen Baßfeldstraße lag (als Verbindung zwischen dem Bahnübergang am Münstertor und der Emsbrücke). Dabei sollte das neue Rathaus am nördlichen Ende dieser neuen Trasse stehen und im Zuge einer zu dieser Zeit projektierten umfassenden Stadtsanierung Teil der diskutierten, weitgehend erneuerten Bebauung des südwestlichen Altstadtbereiches werden. Bis auf die Zentrale der Volksbank, die man am südwestlichen Ende der erst bis 1990 realisierten Straßentrasse schon 1976/77 errichtet hatte, sind diese später mehrmals revidierten Planungen schließlich nicht mehr nach den ursprünglichen Zielen umgesetzt worden.

Ebenfalls wurde im Januar 1971 festgelegt, dass das neue Rathaus zwar ein reiner Zweckbau sein solle, aber auch der Bedeutung der Stadt als Wallfahrtsort entsprechen müsse: „*Rathaus und Rathausvorplatz sollen zu einem Kristallisationspunkt öffentlichen Lebens werden.*“ Auch der Raumbedarf wurde definiert, wobei die publikumsintensiven Abteilungen der Verwaltung im Erd- und ersten Obergeschoss untergebracht werden sollten. Die normalen Büroräume sollten 20 qm Grundfläche erhalten und - um eine variable Nutzung zu ermöglichen - in den Bürotrakten mit Zwischentüren verbunden werden. Neben der Stadtverwaltung sollte das Gebäude die Geschäftsräume der Stadtwerke (sie erhielten später ein eigenes Verwaltungsgebäude) und eine Dienststelle der Kreispolizei aufnehmen.

Planungskonzept und Entwurfsprozess

Ende 1971 wurde auf der erarbeiteten Grundlage ein örtlich begrenzter Architektenwettbewerb ausgeschrieben, an dem sich 17 Büros beteiligten. Vorgaben zur Gestaltung wurden hierbei bewusst nicht gemacht. Das Preisgericht tagte am 24. Januar 1972 unter der Leitung von Prof. Ostertag aus Stuttgart. Während man einen ersten Preis nicht vergab, ging der zweite Preis an Dipl.-Ing. Almuth Harnest in Münster.² Zur Realisierung wurde allerdings ein Entwurf des Büros „Architektenteam Bitter/Möllers/Rubarth“ vorgeschlagen, dem man den dritten Preis zuerkannt hatte. Ihr mit 4 003 000 DM kalkulierter Plan sei allerdings zu überarbeiten, da sich der Bereich der obersten Gemeindeorgane zu wenig von den übrigen Bereichen des Gebäudes abheben würde. Außerdem sei die Erschließung von der Stadtseite zu verbessern. Dieser Werkgemeinschaft wurde der Auftrag zur Weiterführung der Planung erteilt und bestimmt, dass der Neubau 1974 bei Inkrafttreten der kommunalen Neuordnung fertig sein musste.³ Die jungen Architekten Dipl.-Ing. Hans Rubarth und Dipl.-Ing. Erich Möllers hatten 1969 in Greven ein Architekturbüro gegründet und konnten schnell durch erfolgreiche Teilnahme an Wettbewerben einen regionalen Namen erlangen. Eines der ersten Großprojekte, die man ihnen übertrug, war das Telgter Rathaus. 1972-1977 realisierten sie auch in Coesfeld ein großes Neubauprojekt mit dem staatlichen Gymnasium an der Holtwicker Straße 6-8.⁴ Verantwortlich für das Telgter Projekt wurde Hans Rubarth.

Der Rathausneubau-Ausschuss hatte schon in seiner ersten Sitzung beschlossen, zur Vorbereitung seiner Entscheidungen zunächst möglichst viele neu errichtete Rathäuser zu besichtigen, um „*Fehlplanungen, die andere gemacht haben*“ zu vermeiden. An diesen

² Almuth Harnest stammte aus Biberach bei Ulm und hatte ab 1963 den 1966 errichteten Neubau der Lazarus-Kirche in Ulm der dortigen Christengemeinschaft entworfen.

³ Hans Melchers: *Bewährung in einer neuen Epoche. Die Zeit von 1945-1974.* In: *Telgte – Buch einer Stadt*, Telgte 1974. S. 143-170, hier S. 170.

⁴ Der Komplex wurde 2015 wegen seiner qualitativollen Ausführung der Architektur in die Denkmalliste eingetragen.

Reisen nahm auch der Architekt teil. Im April 1972 besuchte man mehrere Neubauten im Raum Bonn, wobei man sich vor allem mit der Gestaltung der Inneneinrichtung, der Fassade und dem Sitzungssaal beschäftigte. Hierbei kam die Idee auf, mittels durchlaufender Brüstungsbänder den Fassaden mehr Ruhe zu verleihen.⁵ Deutlich ist, dass sich in dem konkreten Planungsprozess die Diskussion um in Deutschland in den Jahren zuvor entstandene Rathausneubauten niederschlug. So scheinen die Pläne des Architekturbüros aus Greven z.B. auch unter dem Eindruck des dort seit 1971 im Bau befindlichen Rathauses entstanden zu sein, das nach seit 1969 ausgearbeiteten Plänen von Prof. Dieter Oesterlen aus Hannover errichtet wurde.⁶ Insbesondere in der äußeren Gestaltung der hinter Betonlamellen verborgenen Fensterfront des aus dem Block hervorstehenden Ratssaales lassen sich Parallelen erkennen.⁷ Sowohl in dem Telgter wie auch in dem Grevener Rathausentwurf spiegeln sich aber auch allgemein zu dieser Zeit diskutierte Planungskonzepte für Verwaltungsbauten. Beispielsweise sei auf die jeweils nach vergleichbaren Prinzipien konzipierten Rathäuser hingewiesen, die zwischen 1964 und 1967 im württembergischen Bad Friedrichshall und 1965 bis 1968 in (Bietigheim-) Bissingen jeweils nach Plänen des Architekten Roland Ostertag (*1931 Ludwigsburg) errichtet wurden.⁸ Ostertag unterhielt ein Architekturbüro in Leonberg, war seit 1970 Professor in Stuttgart⁹ und wurde wegen seiner Reputation bei der Bauaufgabe Rathaus daher in Greven 1968 zur Abgabe eines Entwurfes und in Telgte zum Vorsitzenden des Preisgerichtes bestimmt.¹⁰ Auch die nach seinen Entwürfen errichteten Rathäuser waren als Betonrohbauten mit einer Stahlbetonskelettkonstruktion in Modulbauweise und zentraler innerer Erschließungshalle ausgeführt worden, aber mit einer wesentlich geringeren Plastizität des Baukörpers ausgestattet.¹¹ Der Telgter Entwurf nahm zwar solche Vorbilder auf, entwickelte aber das Konzept weiter, indem er die freistehend vor der Fassade stehende Betonkonstruktion als wesentliches gestalterisches Element des gesamten Gebäudes verstand und zudem in konsequenter Weiterführung als

⁵ Frank Uekötter: Die Telgter Rathäuser, Telgte 1988, S. 148.

⁶ Auch Ostertag war bei dem im Herbst 1968 ausgelobten Wettbewerb in Greven zu einem Entwurf aufgefordert worden.

⁷ Siehe hierzu die veröffentlichten Pläne in dem Handbuch von Harald und Andreas Deilmann: Gebäude für die öffentliche Verwaltung, 1979, S. 72 – 75.

⁸ Beide Bauten sind inzwischen als Baudenkmal eingetragen, da sie Zeugnisse des „demokratischen Selbstverständnisses“ seien, wobei immer wieder auf die besondere Lage des Ratssaales als Kern der demokratischen Willensbildung verwiesen wird.

⁹ Es wurde im Heft 3 der Zeitschrift „Bauwelt“ 1971 publiziert.

¹⁰ 1973 erhielt Ostertag dann den Auftrag, für Emsdetten einen Rathausneubau zu errichten. Auch bei diesem Entwurf wurden tragende Konstruktion und Fassade getrennt sowie der Ratssaal als eigenes Element an den strengen Baukörper angeschoben.

¹¹ Ostertag entwarf eine große Zahl bekannter Großbauten in Südwestdeutschland, darunter zahlreiche Rathäuser. Hierzu publizierte er ein Handbuch das nicht nur seine Entwürfe, sondern auch Beispiele anderer Architekten aus ganz Deutschland zeigt, darunter auch Beispiele aus Westfalen: Hans Ostertag: Rathäuser und kommunale Zentren, München 1974.

eigenständiges Element „bewegte Betonlamellen“ vor dem Sitzungssaal erhielt (dazu weiter unten).

Das Grevener Büro modifizierte in der ersten Hälfte des Jahres 1972 die Pläne für die Ausführung, wobei man die Anregungen des Preisgerichtes, des Ausschusses sowie der Reisen aufnahm, die Lage des Sitzungssaals von der Südseite des Vorplatzes zur Nordseite entlang der Ems verlegte und den Bau um ein Geschöß reduzierte. Die Räume der obersten Gemeindeorgane wurden in die erste Etage stärker eingebunden, blieben aber erkennbar.

Das Bauvolumen wurde mit 16342 cbm und das Verhältnis der Nutzfläche (2873 qm) zur Verkehrsfläche (1113 qm) mit 72,5:27,5 berechnet. Die Architekten versicherten, dass der Baukörper später noch um 100 Prozent vergrößert werden könne. Der endgültige Plan wurde am 12. Juli 1972 vorgelegt, wobei man mit den Bauarbeiten mit der Grundsteinlegung am 11. Oktober 1972 schon drei Monate später begann. Die Bauausführung übertrug man dem Münsteraner Baugeschäft Borchard und das Richtfest wurde am 11. Oktober 1973 gefeiert. Noch während der laufenden Bauarbeiten mussten Nachbesserungen vorgenommen werden, da die Brandschutzvorschriften nach einem Brand der nach ähnlichen Prinzipien konstruierten Ingenieurschule in Burgsteinfurt verschärft worden waren. Nachdem die ersten Dienststellen schon im Juli 1974 den Neubau bezogen hatten, erfolgte die Einweihung am 11. Oktober 1974 durch Amtsbürgermeister Günter Karthaus. Die Baukosten wurden mit 5,5 Millionen Mark abgerechnet. Von den Zeitgenossen wurde der Neubau in seiner modernen Gestalt von Vielen abgelehnt, aber als funktionell ausgereift angesehen.

Das Gebäude

Der Neubau wurde von den beiden angrenzenden Straßen zurückgesetzt als freistehender und von allen Seiten einsehbarer Baukörper inmitten eines größeren Geländes errichtet. Er weist seine nordwestliche Eingangsfront einem Vorplatz an der Baßfeldstraße zu, während an der westlichen Seitenfront zur Antoniusstraße ein Nebeneingang mit Vortreppe zum integrierten Polizeidienststelle besteht. Dieser Seitenfront ist ein Parksteifen vorgelegt. Vor der rückwärtigen südwestlichen Front ist ein größerer Parkplatz angelegt. Die lange Ostfront öffnet sich zu einer Grünanlage entlang der Ems und hat einen Nebeneingang zum Untergeschoss und der Hausmeisterwohnung.

Der Bau besteht aus einem viergeschossigen Stahlbetonskelett, dessen Untergeschoss an der östlichen Emsseite wegen des hier abfallenden Ufers zu einer fünften Etage wird. Hier wurde unter anderem eine Hausmeisterwohnung untergebracht. Der gesamte Baukörper basiert auf 3 x 4 Rasterfeldern, gebildet durch Betonpfeiler und -träger. In einem der inneren Felder erhielt die Konstruktion einen aussteifenden Kern, in dem man ein zweiläufiges Treppenhaus und einen 6-Personen-Aufzug sowie in allen Etagen Toilettenanlagen und Teeküchen unterbrachte. Während die tragende Konstruktion aus

Ortbeton erstellt ist (alle Kanten wurden sorgfältig abgegratet), sind die Fassadenbänder aus Fertigteilen in die Betonkonstruktion eingehängt, so dass der Bau in zeittypischer Weise in einer „modularen Ästhetik“ die viel diskutierte Bauweise aus Betonelementen zitiert. Während man die beiden obersten Geschosse gleichartig mit einer umlaufenden Reihe von Büroräumen entlang der Außenwände versah (zur Belichtung sind an drei Stellen die inneren Flure bis zur Fassade verlängert), gibt es in den beiden unteren Geschossen hiervon Abweichungen: Hierbei bilden die beiden östlichen mittleren Rasterfelder den Eingangsbereich, wobei ein Innenfeld als zweigeschossige Halle mit umlaufender Galerie gestaltet ist. Diese sollte auch als Veranstaltungsraum genutzt werden und erhielt eine besondere, plastisch gestaltete Deckenverkleidung. Um den großen, eineinhalb weitere Rasterquadrate einnehmenden Ratssaal und die beiden anschließenden Sitzungszimmer (eines kann mittels einer Faltwand dem Saal zugeschlagen werden) eine ausreichende Höhe zu verleihen, ist das Erdgeschoss in diesen Bereichen in seiner Höhe reduziert. Der Ratsbereich erhielt daher auch einen eigenen, allerdings zur Eingangshalle offenen Vorraumbereich mit Zugangstreppe. Auch an der anderen nordwestlichen Seite schiebt sich ein kleinerer Bereich des Erdgeschosses aus dem strengen Baublock hervor. Damit wurde das hier untergebrachte Einwohnermeldeamt betont, an das sich eine Polizeidienststelle anschließt.

Die gesamte Betonkonstruktion sowie die aus diesem Material erstellten Wände blieben im Inneren ungefasst und unverputzt. Eingangshalle und Treppenhaus (einschließlich der dortigen Stirnwände) wurden mit glasierten rechteckigen Tonfliesen ausgelegt, während ansonsten grauer Teppichboden verarbeitet worden ist.

Die gewünschte Flexibilität des Gebäudes wurde durch das gewählte Konstruktionsraster und das Ausbauraster sichergestellt: In dem Raster wurden die Trennwände nach „Knauf-Trennwandsystem“ eingestellt. Diese 10 cm starken folienkaschierten Gipskartonwände sind nicht brennbar und haben einen Schalldämmwert von ca. 43 dB. Im Bereich der obersten Gemeindeorgane wurde zur Betonung der besonderen Bedeutung dieses Bereiches abweichende Gestaltungsformen gewählt: Hier sind Bandrasterdecken eingebaut (im großen Sitzungssaal 49 Kassetten unterschiedlicher Höhe) und die Trennwände wurden mit Holzfurnier verkleidet.

Der große Sitzungssaal und die Fraktionsräume erhielten Sessel der Firma „Wilde & Spieth“, die als klassisches und zeitloses Modell beschrieben wurden. Diese qualitätvollen Möbel sowie viele die übrigen Ausstattungen mit Tischen und Stühlen in den Büros sind bis heute in Gebrauch.

Die gesamte stark plastisch durchgearbeitete Konstruktion der Fassaden aus in Kragbalken eingehängten Platten ist in Sichtbeton ausgeführt, da sich der Ausschuss zu dieser Lösung nach Sichtung verschiedener Vorschläge für eine „*horizontale Betonung durch geschlossene und vorgezogene Brüstungselemente*“ entschieden hatte. Die Fensterfronten sind hierbei frei hinter der Konstruktion zwischen die Betonplatten der Etagen gestellt, was eine stark plastische Wirkung des Gebäudes ergab und zudem ermöglichte, dass tragende Elemente nicht die Nutzung der Räume behinderten. Die

umlaufenden Balkone dienten dem Wetter- und Sonnenschutz, erlauben aber auch eine einfache Fensterreinigung und Wartung der Fassade. Die Fenster wurden als Aluminiumkonstruktion mit einer Breite von 1,2 m und mit Drehkippsverschluss bzw. als festverglaste Elemente geliefert. Durchgängig gibt es Oberlichter, zumeist als Kippfenster ausgebildet. Da die Außenwände weitgehend aus Fensterelementen bestehen, bildete deren Lieferung nach den Rohbaukosten die größte Summe innerhalb der Baukosten.

Im Juli 1972 bildete sich ein Team zur künstlerischen Ausgestaltung des Rathauses: Es bestand aus den planenden Architekten Hans Rubarth, dem Bildhauer und Gestalter Axel Seyler und dem Telgter Künstler Ludwig Baur.

- Ludwig Baur (26. August 1904 Freising - 8. September 1977 Sendenhorst)¹² schuf im Vorraum des Ratssaales ein Relief an der Betonwand, das in drei miteinander verbundenen Rauten die früheren Rathausbauten aus dem 14., 18. und Anfang des 20. Jahrhunderts zeigt. Es ist ebenso aus Aluminiumguss wie zwei weitere kleinere Arbeiten von ihm: Ein Relief mit einem stilisierten jungen Eichenbaum [niederdeutsch eine „Telge“], seit der Entstehung das Symbol der Stadt sowie ein weiteres Relief, die Verschlussplatte für eine anlässlich der Einweihung eingemauerte Urkunde mit den Emblemen der Gemeinde Westbevern und der Stadt Telgte.
- Axel Seyler (geb. 1939 Bielefeld) hatte eine Ausbildung als Bildhauer an der Kunstgewerbeschule in Bielefeld erhalten und war von 1968 bis 1974 Assistent von Jürgen Weber in der Architekturabteilung der TH Braunschweig am Lehrstuhl für plastisches Gestalten.¹³ Bis 2004 lehrte er dann „*Plastisches Gestalten*“ im Fachbereich Architektur/Innenarchitektur der Fachhochschule Lippe und Höxter und lebt heute in Dalborn bei Blomberg / Lippe. Von Seyler stammte die Idee, den Sitzungssaal mit 65 Betonlamellen zu umschließen, da er nicht dem Bau - wie üblich - nachträglich „Kunst am Bau“ zufügen, sondern die künstlerische Gestaltung aus der Architektur selber bilden wollte. Die starren Kuben des Gebäudes sollten durch unterschiedliche Schrägstellung der verschieden breiten Lamellen Bewegung erhalten. Diese beginnt im Südosten und steigert sich bis zum Vorplatz des Rathauses. Zudem sollte mit diesen Lamellen *„ein Sitzungssaal geschaffen werden, in den das Tageslicht nicht gleichförmig von fast allen Seiten eindringt, sondern in welchem a) ein wirkliches Lichtenleben und b) dadurch ein intensiveres Raumerleben möglich ist“*. Seyler scheint auch an der Gestaltung der Freiflächen

¹² Er hatte von 1921 bis 1923 zunächst in München eine Lehre als „Faß- und Dekorationsmaler“ absolviert und nahm dann dort das Studium der Kunst auf. Schon bald lernte er hierbei seine beiden Freunde Erika und Hans Dinnendahl kennen, mit denen er über viele Jahre eng verbunden blieb und denen er 1928 nach Münster folgte, insbesondere, da er sich hier auf Grund erster Erfolge bessere Chancen als in Bayern zur Schaffung moderner kirchlicher Kunstwerke erhoffte. Ab 1936 lebten alle drei in Telgte, wo sie fortan eigene Ateliers unterhielten (Margret Fieseler: Ludwig Baur (1904 – 1977). Dokumentation und Katalog zur Ausstellung, Telgte 1990, S. 106).

¹³ Zu seinem Werk siehe Axel Seyler. Skulptur - Grafik - Formgebung, Berlin/Münster 2014.

des Rathauses beteiligt gewesen zu sein und hat später auch an weiteren Bauprojekten des Architekten Rubarth mitgearbeitet.

Zusammen mit dem Rathaus wurde auch der umgebende Außenraum durch den Architekten bewusst gestaltet, wohl ebenfalls unter Mitarbeit des Künstlers Axel Seyler. Das modellierte und zum Emsufer teilweise stärker abfallende Gelände wurde mithilfe aus gegossenen Betonplatten bestehender Futtermauern terrassiert und die ebenen Flächen teilweise mit Platten belegt, teilweise aber auch als Grünfläche gestaltet. Alle Ecken der Betonmauern sind abgerundet ausgeführt, wobei man dieses Element sowohl an der Futtermauer unterhalb des Ratssaales wie auch an der Mauer vor dem Hauptzugang des Gebäudes in einer dichten Reihe von Vor- und Rücksprüngen nutzte (bei letzterer Mauer mit integrierten Lampen). In den Hang zur Ems wurde zudem unter dem südlich anschließenden Parkplatz ein Bauwerk integriert, das zwei Garagen, Trafostation und Standraum der Müllbehälter aufnimmt.

Veränderungen

1985/86 wurde eine Betonsanierung des Rathauses durchgeführt.

1986 hat man südlich hinter dem Parkplatz des Rathauses ein zweigeschossiges Parkdeck errichtet. Das zunächst nur provisorisch gestaltete weite nordwestliche Vorgelände konnte erst nach Fertigstellung der ausgebauten Straße Baßfeld endgültig gestaltet werden: Die gepflasterte Fläche erhielt mit geleiteten Platanen einen Laubdach (hier auch Wartebereich der Bushaltestelle), wobei man in das Pflaster den Standort der ehemals hier befindlichen Hospitalkapelle markierte.

Die ab 1986 im Umfeld vorgenommenen Veränderungen sind nicht Teil der ursprünglichen Planungen und daher auch nicht Bestandteil der denkmalwerten Substanz.

Bewertung

Das Rathaus ist bedeutend für die Städte und Siedlungen, hier die Stadt Telgte. Es spiegelt den enormen Umbruch, den das soziale Gefüge der Stadt zunächst durch Zuzug erlebte und sich in einem sprunghaften Anstieg der Einwohnerzahlen spiegelte. Ein zweiter Schub wurde dann durch die Verwaltungsreformen zwischen 1965 und 1975 ausgelöst, der Telgte zum Mittelpunkt eines wesentlich größeren Gemeinwesens machte.

Das Rathaus war über lange Zeit der bedeutendste Bau, den die Kommune errichten ließ und dem man daher in seiner baulichen Qualität, Gestalt und künstlerischen Ausgestaltung auch große Aufmerksamkeit zukommen ließ. Es ist damit ein zentrales Zeugnis bürgerlichen Selbstbewusstseins und der städtischen Kultur für die Wachstumsepoche der 60er und 70er Jahre.

Insgesamt ist bemerkenswert, mit welcher Weitsicht man das Projekt des Rathausneubaus begann, mit welchem Anspruch dieses dann aber auch bearbeitet und verwirklicht worden ist. Dies dokumentiert sich (im Unterschied zu vielen weiteren Rathausneubauten dieser Epoche) schon formal darin, dass das Rathaus bis heute in seiner Struktur weitgehend unverändert genutzt wird, sogar seine Einrichtung nicht erneuert werden musste. Die Einhaltung eines besonderen Anspruchs an Raumkonzept, bautechnischer Ausstattung und Gestaltung erweist sich als ein langfristiges Ziel des öffentlichen Bauens in Telgte, wie es sich z.B. zuvor auch schon 1955-1957 an dem Bau der Marienschule oder 1960-1964 auch an dem Bau der Johanneskirche manifestierte (beide wurden daher inzwischen als Baudenkmal in die Denkmalliste eingetragen).

Für die Erhaltung und Nutzung liegen wissenschaftliche, hier architekturgeschichtliche Gründe vor.

Als das Rathaus konzipiert und errichtet wurde, war es Ziel von Rat und Verwaltung, den Neubau als einen ersten Baustein in einer weitgehend zu erneuernden Stadt zu errichten. Zu dieser Zeit bestand ein nahezu allgemeiner Konsens, dass Stadtsanierungen mit Auflösung der alten Grundriss- und Straßenstrukturen und Errichtung von neuen großformatigen Baukörpern mit Flachdächern zu erfolgen hätten. Nach den zu dieser Zeit allerdings noch nicht detaillierter in Telgte ausgearbeiteten Konzepten hätte der Bau damit mit der Zeit einen Teil seiner singulären Stellung im Stadtbild verloren.¹⁴ Dennoch ist er als freistehenden und allseitig einsichtigen Baukörper errichtet und in der langen Diskussion um die Gestaltung und Ausbildung der Fassaden bewusst als Plastik gestaltet worden. Das Rathaus ist daher ein Zeugnis für die erste Phase der Stadtsanierung, einer Maßnahme, die in ihrer Gesamtheit heute wesentlich für das Bild der Stadt in ihrer inneren und äußeren Wahrnehmung ist.

Es handelt sich um ein qualitätvolles Beispiel für die vor allem ästhetisch auf das Material Beton setzenden Kommunalbauten der späten 1960er und frühen 1970er Jahre, wobei der Telgter Bau hierbei in einem besonderen Maße als Plastik durchgestaltet worden ist. Eine typische Strömung der Architektur war die Gestaltung der Baukörper mit horizontalem Aufbau und umlaufenden Betonbrüstungen sowie stark zurückspringenden Fensterbändern. Die horizontale Betonung der Brüstungsflächen und Fensterebenen, das Vor- und Zurückspringen der Fassadenelemente in zwei Ebenen ist eine Form der

¹⁴ 1972 ließ die Stadt eine Verkehrsanalyse und darauf aufbauend 1973 eine Verkehrsprognose erstellen. Hierbei wurden mehrere neue innerstädtische Durchgangsstraßen vorgeschlagen. Auf dieser Grundlage und der bis 1973 ebenfalls durch das Kreisbauamt Warendorf erarbeiteten Bebauungspläne erstellte man 1974 einen Stadtentwicklungsplan, wobei die für die Altstadt relevanten Bebauungspläne Altstadt I und II das Ziel hatten, die Altstadt verkehrsgerecht auszubauen. Die Pläne wurden allerdings 1975 von der Bezirksregierung wegen der damit verbundenen Zerstörung des historischen und prägenden Stadtbildes durch überdimensionierte Straßen abgelehnt. In den folgenden Jahren setzte eine neue Diskussion ein, die zu veränderten Planungszielen führen sollte und nach 10 Jahren schließlich in dem Ziel einer erhaltenden Sanierung mündete.

Gestaltung, die signifikant für Verwaltungsbauten dieser Zeit ist. Hierin wird die Kritik der frühen 1960er Jahre an den streng prismatischen Baukörpern des internationalen Stils deutlich, die zu mehrschichtigen und reliefhaft vor- und zurückspringenden Fassaden mit umlaufenden Galerien (z.T. auch mit diaphanen Gitternetzen) führte.

Auch das Planungsziel, möglichst flexible Architektur zu schaffen, ist typisch für das Jahrzehnt. Es äußert sich im Inneren an den verstellbaren Wänden, wird aber auch daran deutlich, dass Erweiterungsmöglichkeiten vorgesehen waren.

Für den Erhalt und die Nutzung des Rathauses liegen künstlerische Gründe vor.

Erkennbar wird bei dem Rathaus ein politisch gewollter, intensiver und von verschiedenen Seiten begleiteter Prozess um eine optimale Lösung. Hierbei nahm man nicht nur Kostensteigerungen in Kauf, sondern ließ sich auch auf einen ergebnisoffenen Prozess ein. Der Wettbewerb definierte keine konkreten Gestaltungen und der ausgezeichnete Entwurf wurde später noch erheblich verändert, wobei der vom Bauherren eingesetzte und sich mit der Bauaufgabe durch Studienreisen intensiv auseinandersetzen- de Ausschuss ebenso mitwirkte wie der bauleitende Architekt sowie die beiden Gestalter Axel Seyler und Ludwig Baur. Die frühzeitige Einbindung bildender Künstler ist bezeichnend für das Büro Rubarth & Möllers, da es ihr Ziel war, bildende Kunst nicht additiv, im Sinne des staatlich geförderten Programms zu verstehen, sondern als integraler Bestandteil des Gesamtkonzeptes. Dieser Ansatz wird gerade am Telgter Rathaus und dem dortigen Lamellenvorhang um den Ratssaal deutlich, der den Funktionsbau zu einem Repräsentationsbau werden lässt.

Mit freundlichen Grüßen
i. A.

Dr. Fred Kaspar

*** Bitte beachten Sie: Diese verfahrensbezogene Stellungnahme der LWL-DLBW darf an Verfahrensunbeteiligte nur nach Maßgabe des Informationsfreiheitsgesetzes–NRW weitergegeben werden. Zur Prüfung der Möglichkeit einer Weitergabe (z.B. Einschränkung nach § 7 Abs.1, 2 IFG-NRW) oder bei Absicht zur Veröffentlichung ist zuvor die LWL-DLBW um Zustimmung zu bitten.**